

8. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.) In Höhe welchen Gesamtwertes wurden in 2021 bis zum aktuellen Stichtag Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern erteilt (bitte neben dem Gesamtwert auch die jeweiligen Werte für Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie auch die Werte für die zehn Hauptempfängerländer auflisten; sofern eine endgültige Auswertung für 2021 noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen angeben), und wie verteilt sich der Gesamtwert von 2021 auf die Gruppe der EU-Länder, NATO- und NATO-gleichgestellten Länder, Drittländer sowie Entwicklungsländer (bitte zusätzlich auch getrennt für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter auflisten)?

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold vom 23. Dezember 2021**

Bei den Angaben für Genehmigungswerte aus dem Jahr 2021 handelt es sich um vorläufige Zahlen, die sich durch Berichtigungen und Fehlerkorrekturen noch ändern können.

Der Gesamtwert der im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 14. Dezember 2021 erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen sowie die weiteren anteiligen fragegegenständlichen Werte für Einzelausfuhrgenehmigungen nach Ländergruppen ergeben sich aus der untenstehenden Tabelle.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Werte der untenstehenden Tabellen auf Entscheidungen der Vorgängerregierung zurückzuführen sind. Für diese Genehmigungen trägt die Vorgängerregierung die Verantwortung. Diese Bundesregierung sieht einen restriktiven Umgang mit Rüstungsexporten vor und wird entsprechend den im Koalitionsvertrag vereinbarten Leitplanken ein Rüstungsexportkontrollgesetz erarbeiten.

Von den dargestellten Werten entfallen Genehmigungen in Höhe von 3.679 Euro auf den Zeitraum seit dem 8. Dezember 2021 (Amtsübernahme der neuen Bundesregierung) und beruhen auf Genehmigungen in die EU-/NATO-/NATO-gleichgestellten Länder Australien, Österreich, Schweden und Slowenien.

	<b>1. Januar 2021 bis 14. Dezember 2021 Wert in Euro</b>
Gesamt	9.042.957.825
– davon Kriegswaffen	4.013.381.275
– davon Sonstige Rüstungsgüter	5.029.576.550
– davon EU-Länder	1.578.293.228
– davon Kriegswaffen	143.490.716
– davon Sonstige Rüstungsgüter	1.434.802.512
– davon NATO und gleichgestellte Länder	1.513.431.546
– davon Kriegswaffen	76.806.155
– davon Sonstige Rüstungsgüter	1.436.625.391

	<b>1. Januar 2021 bis 14. Dezember 2021 Wert in Euro</b>
– davon Drittländer	5.951.233.051
– davon Kriegswaffen	3.793.084.404
– davon Sonstige Rüstungsgüter	2.158.148.647
– davon Entwicklungsländer*	4.537.379.047
– davon Kriegswaffen	3.157.797.656
– davon Sonstige Rüstungsgüter	1.379.581.391

\* Die Werte der Entwicklungsländer sind bereits in den Werten für Drittländer enthalten.

Entwicklungsländer und -gebiete entsprechend der Liste des Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee = DAC) der OECD ohne die Länder der mittleren Einkommensgruppe, oberer Bereich (vierte Spalte der genannten Liste – vgl. Anlage 13 des Rüstungsexportberichts 2020).

Die zehn Länder mit den höchsten Einzelausfuhrgenehmigungswerten im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 14. Dezember 2021 ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

<b>Land</b>	<b>Wert in Euro</b>
Ägypten	4.339.348.576
Brasilien	143.503.844
Italien	107.153.181
Niederlande	818.031.926
Österreich	168.472.318
Republik Korea	186.818.878
Schweiz	131.106.186
Singapur	629.648.577
Vereinigte Staaten	980.248.757
Vereinigtes Königreich	212.615.047

9. Abgeordneter **Thomas Heilmann** (CDU/CSU) Wird sich die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union für die Umsetzung des vom Europäischen Parlament geänderten Vorschlags (A9-0332/2021) zum Digital Market Act einsetzen, und wenn ja, welche einzelnen Punkte würden durch sie unterstützt, und wenn nein, welche Punkte würden abgelehnt werden (Antwort bitte begründen)?

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold  
vom 20. Dezember 2021**

Die EU-Kommission hat im Dezember 2020 einen Vorschlag für ein Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) vorgelegt. Das Europäische Parlament hat seine Position am 15. Dezember 2021 beschlossen. Die Bundesregierung bewertet aktuell die vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Änderungen.

Die französische EU-Ratspräsidentschaft wird in den anstehenden Trilogien die im Rahmen der allgemeinen Ausrichtung des Rates beim Wett-